



Doris Fürstin von Sayn- Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Telegram: <https://t.me/joinchat/qO7JE8VSBBEyNzgy>

P R E S S E M I T T E I L U N G 47/2021

Kiel, den 04.11.2021

Warum nimmt Schleswig-Holstein Covid-Patienten aus Rumänien auf?

Die Unikliniken Kiel und Lübeck nehmen Intensivpatienten aus Südosteuropa auf

„Hospitalisierungsrate bleibt niedrig – Aufnahme von Erkrankten aus Südosteuropa“, verkündet am 3. November die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ (shz). Anfang November lag die Hospitalisierungsinzidenz im Land zwischen den Meeren bei gerade einmal 1,86 – im Vergleich dazu im Januar 2021 bei 11. Aktuell rund 80 stationär behandelte Patienten stehen danach auch über 400 Patienten Anfang dieses Jahres gegenüber. Die Lage in Schleswig-Holstein und seinen Krankenhäusern ist damit entspannt.

Der Deutschlandfunk meldet am 1. November allerdings: „Derzeit sind 1.079 Covid-19-spezifische Intensivbetten für erwachsene Patientinnen und Patienten als frei gemeldet. Unklar ist, ob alle freien Betten im Ernstfall genutzt werden können. Pflegeverbände weisen darauf hin, dass dafür nicht genug Personal zur Verfügung stehen könnte.“

Doch statt Reserven aufrechtzuerhalten, bereitet sich nun „das Uniklinikum Kiel auf die Übernahme rumänischer Patienten vor“, wie die shz berichtet. Am 2. November wurden – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – „beatmungspflichtige Patienten aus Bukarest (...) über den Flughafen Hamburg eingeflogen“, die allesamt intensivmedizinischer Behandlung bedürfen. In Kiel und Lübeck sind nun am UKSH die rumänischen Patienten in guten Händen; in Einrichtungen, die mit deutschen Steuergeldern finanziert werden.

Dazu die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein: „Deutsche Hilfe wird von anderen EU-Staaten immer gern in Anspruch genommen; ob Milliardenzahlungen an Griechenland, immer höhere EU-Beiträge und nun Corona-Hilfe für Rumänien. Wie steht es eigentlich um die europäische Solidarität, wenn es den Deutschen einmal schlecht geht? Ich denke da zum Beispiel ganz konkret an die Flutopfer in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die immer noch dringend Hilfe benötigen.“

